

aktuell



Millionärssteuer

Weltweite Diskussionen

Die Debatte um eine Besteuerung der Reichen und Spekulanten, um damit einen solidarischen Beitrag für die Kosten der Krise zu lukrieren, erfasst die westliche Welt. Wollten so manche Konservative Bundeskanzler Werner Faymann bis vor kurzem mit seiner Forderung nach vermögensbezogenen Steuern noch als steuerpolitischen Exoten darstellen, der Unmögliche fordert, hat die Realität sie längst eingeholt: Werner Faymann ist ein Vorreiter.

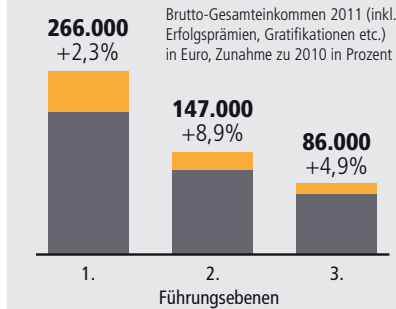
Milliardäre in den USA und Frankreich rufen dazu auf, sie höher zu besteuern. Der prominenteste ist Investor Warren Buffett. Er kritisiert, weniger Steuern zu bezahlen als etwa seine Sekretärin. Mit den Worten „Besteuert uns!“ haben in Frankreich 16 Milliardäre und Topmanager unlängst via Zeitung zu einer Reichensteuer aufgerufen. Allen voran die reichste Frau Europas und L'Oreal-Hauptaktionärin, Liliane Bettencourt. Die Debatte um eine Reichensteuer flammt auch in Deutschland, angefacht von SPD, Linkspartei und Grünen, auf. Und in Spanien wurde vor kurzem die Vermögenssteuer wieder eingeführt, ab 2012 gibt es sie in Italien und Portugal.

Eure Redaktion



Die Ökonomin Helene Schubert analysiert in einem Gastkommentar für „Österreich 2020“ die Chancen einer europäischen Ratingagentur. Denn das Beispiel Griechenland zeigt: Ob die EU-Rettungspakete greifen, hängt stark von der Bewertung der Ratingagenturen ab. Seite 14

Managergehälter steigen deutlich



Quelle: APA, Grafik: SPÖ

Fettes Gehaltsplus für Manager

Die Reichen werden immer reicher. Österreichs Manager erhielten im heurigen Jahr ein Gehaltsplus, von dem der durchschnittliche Arbeitnehmer nur träumen kann. In der zweiten Führungsebene stiegen die Bezüge sogar um unglaubliche 8,9 Prozent. Zum Vergleich: Die Metaller gehen mit einer Forderung von 3 Prozent mehr Gehalt in die Herbstlohnrunde.



Fotolia

5.600 Forscherinnen und Forscher werden vom BMVIT direkt finanziert.

Mehr Geld für angewandte Forschung

„Mein Ministerium fördert die angewandte Forschung heuer mit einem Rekordbetrag. Und das trotz des engen Budgetkorsetts“, so Innovationsministerin Doris Bures. 420 Mio. Euro wurden heuer vom BMVIT für die angewandte Forschung zur Verfügung gestellt.



Fotolia

Jugendlichen ist oft nicht bewusst, welches Risiko sie mit einer Schönheits-OP eingehen. Strengere Regeln und Aufklärung sollen Abhilfe schaffen.

Strengere Regeln für Schönheits-OPs bei Jugendlichen

Wenn sich Jugendliche für die Schönheit unters Messer legen, birgt das hohe Risiken. Gesundheitsminister Alois Stöger will die Regeln für Schönheitsoperationen jetzt verschärfen und „Modeentwicklungen bei Minderjährigen“ entgegenwirken. Auch mehr Aufklärung und Information über dieses Thema sind in Planung. Weiters sieht Stöger Handlungsbedarf bei der Berufsbezeichnung. Der Gesundheitsminister hat seine Beamten damit beauftragt, rechtliche Vorgaben auszuarbeiten. SPÖ-Gesundheits-sprecherin Sabine Oberhauser unterstützt den Vorschlag des Ministers als „wichtigen Vorstoß zum Schutz von Jugendlichen“. Medien gaukeln ein irrationales Schönheitsideal vor und Fernsehsender zeigen Schönheitsoperationen als harmlosen Eingriff. Ein chirurgischer Eingriff unter Vollnarkose ist aber keineswegs harmlos, sondern kann Komplikationen nach sich ziehen.

Zitat der Woche

„Großes Vermögen, das anzusammeln die Gesellschaft ermöglicht hat, soll zum Teil auch wieder dahin zurückfließen.“

Multimilliardär Warren Buffett

Einigung bei Anti-Terror-Gesetz

Der Entwurf zum Anti-Terror-Gesetz wurde jetzt zur Begutachtung verschickt.

Die Ereignisse in Norwegen haben aufgezeigt, dass die Sicherheitsbehörden geeignete Instrumente benötigen, um solche Terroranschläge in Österreich zu verhindern“, so die Verhandlungsführer im SPÖ-Klub, Sicherheitssprecher Otto Pendl, Justizsprecher Hannes Jarolim und Verfassungssprecher Peter Wittmann. Die sogenannte „erweiterte Gefahrenfor-

schung“ ist künftig im Verdachtsfall auch bei Einzelpersonen möglich. Zur Wahrung der Grundrechte hat die SPÖ durchgesetzt, dass dafür die Genehmigung eines Rechtsschutzbeauftragten notwendig ist und es genaue Vorgaben gibt, bevor eine solche erweiterte Gefahrenforschung bei Einzelpersonen durchgeführt werden kann.



picturedesk

Bessere Instrumente für die Sicherheitsbehörden – das ist das Ziel der Novelle zum Sicherheitspolizeigesetz.



Weil's um Gerechtigkeit geht!

Die aktuellen Umfragen und Rückmeldungen aus persönlichen Gesprächen zeigen deutlich, dass das Thema Gerechtigkeit längst nicht mehr nur ein Nebenthema ist. Die von der SPÖ präsentierte Millionärssteuer wird von 67 Prozent der Menschen begrüßt – weil's um Gerechtigkeit geht!

Für die Sozialdemokratie ist Gerechtigkeit seit jeher ein zentrales Anliegen. Es stand immer klar fest, dass die Folgen der Krise nicht von den Arbeitnehmern allein getragen werden dürfen. Unbestritten ist die Frage, dass – wenn man sich nicht in die Hände von Spekulanten begeben will – seinen Budgethaushalt unter Kontrolle haben muss. Tiple-A und die damit verbundene Sicherheit ist enorm wichtig. Die Frage ist also „banal“ gesprochen: Wer finanziert einen Staat?

„Immer noch trägt der Mittelstand die höchste Steuerbelastung.“

Sparen ist in diesem Zusammenhang ein weit verbreitetes Zauberwort. Und ja, der Staat muss verantwortungsvoll mit dem anvertrauten Geld umgehen. Ohne auf Leistungen zu verzichten und den Sozialstaat kaputt zu sparen ist es notwendig, diesen effizient zu verwalten. Trotzdem wird man nicht drum herum kommen, Steuern einzuheben um öffentliche Leistungen wie Schulen, Spitäler und Universitäten zu finanzieren. Hier nun die große Frage: Wer leistet was?

Welche Motivation hat ein Facharbeiter, wenn er 40 Stunden arbeiten geht, 36.000 Euro brutto im Jahr bekommt und davon 11.500 Euro Steuern zahlt, wenn er gleichzeitig sieht, wie Banken ihre Verluste im Ausland abschreiben und kaum Steuern zahlen?

Immer noch trägt der Mittelstand die höchste Steuerbelastung. Jeder spürt und merkt es bei sich selbst. Beim Einkommen zahlt man zwischen 38,3 und 50 Prozent an Steuern, zu wenig bleibt bei vielen zum Leben im Börserl. Im Gegensatz dazu ist die

Vermögenssteuer sehr niedrig. Der OECD-Vergleich zeigt es deutlich auf: Bei einem Durchschnitt von 5,4 Prozent hinkt Österreich mit 1,3 Prozent Einnahmen an vermögensbezogenen Steuern deutlich hinterher. Jeder merkt, dass es ungerecht zugeht! Daher fordern wir: Gerechtigkeit im Steuersystem!

Kurzzusammengefasst geht es nicht um mehr Steuern, sondern diese gerecht einzuheben. Durch eine Millionärssteuer und die Abschaffung von Steuerprivilegien für Banken wollen wir mittlere Einkommen entlasten. Zu Beginn, als wir die Bankenabgabe, die europäische Finanztransaktionssteuer und nun die Millionärssteuer gefordert haben, musste sich die Sozialdemokratie anhören, dass das utopische Forderungen sind. Mittlerweile fordert auch der amerikanische Präsident Barack Obama eine Millionärssteuer. Die ganze Welt diskutiert schon über Verteilungsgerechtigkeit und auch die Verhinderer können sich dem nicht mehr entziehen.

Es werden in der Diskussion viele Argumente aus dem Hut gezaubert, wie beispielsweise, dass die Umsetzung so schwierig wäre oder, dass es zu einer groß angelegten Millionärs- und Bankenflucht kommen würde. Den Gegnern und Verhinderern fällt immer ein Argument ein, warum etwas nicht geht. Um so mehr müssen wir hier gemeinsam Überzeugungsarbeit für mehr Gerechtigkeit leisten. Wir müssen gut gerüstet sein für die Diskussion. Deshalb haben wir die wichtigsten Fragen auf unseren Argumentations-Karten „Gemeinsam für mehr Gerechtigkeit“ zusammengetragen. Diese kann man gratis auf www.spoe.at herunterladen.

Es ist zumutbar, dass für ein Vermögen von über eine Million Euro Steuern in der

Höhe von 0,3 – 0,7 Prozent bezahlt werden. Hier zu behaupten, Millionäre würden das Land verlassen, unterstellt den 80.000 Menschen pauschal Geiz. Nehmen wir ein Beispiel: Jemand besitzt, ohne sie selbst zu nutzen, eine Villa in Hernals die 1,2 Millionen Euro wert ist. Somit würde man für die Villa, aufgrund des Freibetrages von einer Million nur für die verbleibenden 200.000 Euro Steuern bezahlen. Mit einem Steuersatz von 0,3 bis 0,7 würde das pro Jahr 600 bis 1.400 Euro betragen. Dieser Betrag mag

„Die ganze Welt diskutiert schon über Verteilungsgerechtigkeit und auch die Verhinderer können sich dem nicht mehr entziehen.“

nach wenig klingen, aber bei der hohen Millionärsdichte in Österreich – wir sind weltweit auf Platz fünf nach Saudi Arabien, Schweiz, Hong Kong und Kuwait – würde in Summe genug zusammenkommen um einer gerechteren Verteilung einen Schritt näher zu kommen.

In der von der Regierung eingesetzten Arbeitsgruppe werden unsere Minister und Staatssekretäre nun beim Koalitionspartner ÖVP mit unseren Konzepten für mehr Verteilungsgerechtigkeit Überzeugungsarbeit leisten. Wir aber müssen die Herzen der Menschen erreichen um genügend Druck zu erzeugen. Wir dürfen die Auseinandersetzung nicht scheuen und uns nicht von unserem Ziel abbringen, dass da lautet: Es geht um Gerechtigkeit! ♦

Ich freue mich über Diskussionsbeiträge zum Thema auf

www.facebook.com/laurarudas.at



VERTEILUNGSGERECHTIGKEIT

Millionärssteuern

Die Diskussion um Vermögenssteuern erfasst immer mehr Länder. Mit der Forderung nach einem Beitrag der Reichen und der Spekulanten waren die SPÖ und Kanzler Werner Faymann international Vorreiter; auch, weil in Österreich die Belastung besonders ungleich verteilt ist.



picturedesk

„Taxez nous! – Besteuert uns!“

Die 16 reichsten Franzosen in einem Zeitungsaufruf, August 2011

den sich die Superreichen selbst zu Wort und kritisieren den vergleichsweise geringen Beitrag der Vermögenden zum allgemeinen Steueraufkommen. „Taxez nous! – Besteuert uns!“ übertitelten vor einigen Wochen 16 der reichsten Franzosen einen Aufruf via Zeitung, darunter die reichste Frau Europas, L’Oreal-Erbin Liliane Bettencourt.

Ähnliche Töne hört man aus anderen Ländern. In Italien ließ Ferrari-Präsident Luca di Montezemolo aufhorchen: „Ich bin bereit, mehr Steuern zu zahlen. Das ist eine Frage der Solidarität.“ Und der US-Milliardär Warren Buffett, einer der reichsten Männer des Planeten, untermauerte seine Forderung nach einem höheren Beitrag der Reichen mit einem anschaulichen Beispiel: Er selbst habe 2010 nur sieben Millionen Dollar Steuern gezahlt, das sind 17 Prozent seines Einkommens. Seine eigenen Angestellten zahlten im Schnitt mehr als doppelt so viel.

Multi-Milliardär Warren Buffett ist Namensgeber für Präsident Obamas Reichensteuer-Konzept. Der Großinvestor hatte sich selbst für eine höhere Besteuerung der Vermögenden ausgesprochen.

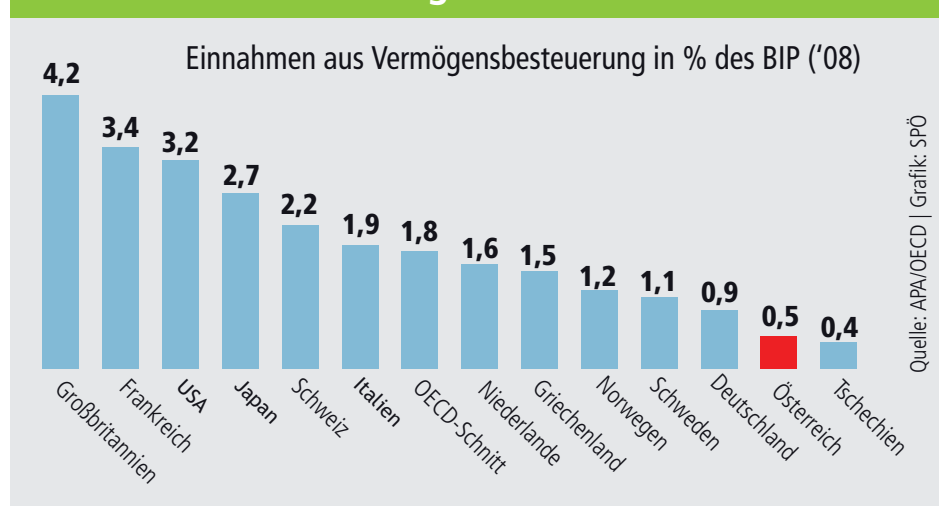
Mit seinem 5-Punkte-Programm für vermögensbezogene Steuern und zur Entlastung des Faktors Arbeit hat Werner Faymann klar Position bezogen: Die SPÖ will einen höheren Beitrag der Reichen, der Banken und Spekulanten – im Gegenzug soll der Mittelstand entlastet werden. (s. „SPÖ Aktuell“ Nr. 26). Neben der Millionärssteuer für Privatvermögen ab einer Million Euro enthält das Programm die Beschränkung der steuerlichen Absetzbarkeit von Manager-Gehältern und Boni, eine Reform der Gruppenbesteuerung (Konzerne), die Finanztransaktionssteuer sowie die steuerliche Entlastung mittlerer Einkommen.

Internationale Debatte

Die Debatte, die der SPÖ-Chef und Bundeskanzler schon vor Monaten in

Österreich begonnen hat, erreicht nun immer mehr Industrieländer. Vielfach mel-

Vermögenssteuern



im Vormarsch

Von den USA bis Portugal

Warren Buffett wird nun auch Namensgeber für die von US-Präsident Obama propagierte „Buffett-Steuer“, die eine deutliche Steuer-Erhöhung für Reiche vorsieht. Auch in Frankreich, das eine Vermögenssteuer ähnlich dem SPÖ-Modell bereits hat, beschloss die konservative Regierung Sarkozy kürzlich eine befristete Sondersteuer für Jahreseinkommen ab 500.000 Euro. Weitere Beispiele: In Spanien wurde vor kurzem die Vermögenssteuer wieder eingeführt, eine Sondersteuer für Reiche gibt es ab 1. Jänner in Italien, ebenso in Portugal. In Deutschland will die konservative Regierung derzeit von solchen Ideen noch nichts wissen. Aber auch dort haben sich 50 der reichsten Deutschen in einer Initiative „Vermögende für eine Vermögensabgabe“ zusammengeschlossen. Der Sprecher der Initiative, der Deutsche Dieter Lehmkuhl, in einem „Format“-Interview vor einigen Wochen: „Der Raubtierkapitalismus zerstört die soziale Matrix unserer Gesellschaft!“

Finanztransaktionssteuer noch diesen Herbst?

Auch bei der Forderung nach einer internationalen Finanztransaktionssteuer (FTS) war Werner Faymann einer der ersten europäischen Regierungschefs, die sich dafür stark gemacht haben. Zuerst noch auf Ablehnung stoßend, hat der Bundeskanzler nicht locker gelassen. Mittlerweile sind nicht nur viele EU-Regierungen und das EU-Parlament für eine solche Steuer auf Finanztransaktionen. Auch die EU-Kommission sieht die FTS in ihrem Budget-Entwurf 2014-2020 vor. Widerstand gibt es von Großbritannien und den USA. Deshalb kündigte der konservative deutsche Finanzminister Schäuble auch vor wenigen Tagen an, man wolle die Finanztransaktionssteuer notfalls auch nur im Euro-Raum – und damit ohne die Briten – einführen. ♦

WEBTIPP

Zahlen, Daten, Fakten und Argumente zu Vermögenssteuern und zum 5-Punkte-Programm der SPÖ unter: www.spoe.at.

ZUM THEMA

Vermögen ungleich verteilt

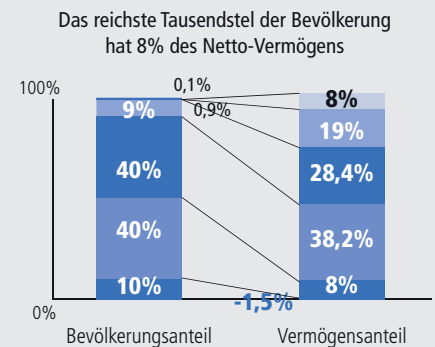
Vermögen ist in Österreich noch ungleicher verteilt als Einkommen. Der Reichtum ist in sehr wenigen Händen konzentriert:

Vermögen der Millionäre (in Mrd. Euro) in Österreich



Quelle: Valluga - Analyse | Grafik: SPÖ

Verteilung des privaten Netto-Geldvermögens



Quelle: ÖNB, Geldvermögenserhebung | Grafik: SPÖ

- ▶ Laut dem Sozialbericht der Regierung besitzt das reichste Prozent der Bevölkerung in Österreich 34 Prozent des privaten Gesamtvermögens (Finanzwerte und Immobilien), weitere neun Prozent besitzen ein weiteres Drittel. Hätte Österreich nur zehn Bewohner, würden einem einzigen davon 60 Prozent des Gesamtvermögens gehören.
- ▶ Ähnlich die Verteilung des Immobilienvermögens: Während vier von zehn Österreichern weder ein Haus oder eine Wohnung besitzen, verfügt allein das reichste Prozent über jede fünfte Immobilie.
- ▶ Noch krasser ist die ungleiche Verteilung beim Netto-Geldvermögen (Schulden abgezogen): 0,1 Prozent – also das reichste Tausendstel – besitzt neun Prozent des privaten Netto-Geldvermögens. Und damit ebenso

viel wie die Hälfte der Österreicher zusammen.

- ▶ Die Vermögen wachsen: Nicht nur die Zahl der Millionäre ist in den letzten Jahren gewachsen, auch ihr Gesamtvermögen: Österreichs Euro-Millionäre hatten 2010 ein Vermögen von 230 Mrd. Euro. Prognosen sagen, dass dieser Wert in den nächsten drei Jahren auf 315 Mrd. Euro steigen wird.
- ▶ Auch steuerlich kommen die Reichen und Superreichen in Österreich gut weg. Die Steuer-Belastung auf Vermögen ist in Österreich mit 0,5 Prozent des BIP eine der niedrigsten in der OECD (OECD-Schnitt: 1,8 Prozent).
- ▶ Bei der steuerlichen Belastung des Faktors Arbeit ist es hingegen umgekehrt: Hier liegt Österreich deutlich über dem OECD-Schnitt, nämlich auf Platz 5 aller OECD-Staaten.

KORRUPTION

Der schwarz-blau-orange Tango Korrupti

Die Unkultur des Handaufhaltens dürfte unter Schwarz-Blau-Orange selbstverständlich gewesen sein. Derzeit sind es fünf ehemalige Mitglieder der Regierungen Schüssel, die im Zusammenhang mit staatsanwaltlichen Untersuchungen wegen Korruptionsgeschichten stehen.



Karl-Heinz Grasser, Ernst Strasser, Hubert Gorbach, Mathias Reichhold und Herbert Scheibner – fünf Minister der ÖVP-FPÖ-Regierung, die im Visier der Justiz sind.

„Für uns ist es wichtig, das Vertrauen der Menschen zurückzugewinnen und zu stärken. Deswegen müssen alle Skandale rasch und lückenlos aufgeklärt und die Verantwortlichen zur Rechenschaft gezogen werden.“

SPÖ-Bundesgeschäftsführerin Laura Rudas

Der Kabinettschef des damaligen Kurzzeit-Infrastrukturministers Michael Schmid hatte der Staatsanwaltschaft bereits 2009 erzählt, dass FPÖ-Persönlichkeiten übereingekommen seien, bei den diversen Privatisierungsprojekten an den in diesen Geschäften üblichen Gebühren zu partizipieren. In Anbetracht der Tatsache, dass fast täglich neue Enthüllungen über Korruptions-Fälle unter Schwarz-Blau-Orange auftauchen, wird diese Aussage immer glaubhafter. Es liegt nahe, dass eine Unkultur des fröhlichen und selbstverständlichen Handaufhaltens herrschte, die erschüttert. Mit dem ehemaligen Verteidigungsminister Herbert Scheibner ist nunmehr das fünfte Mitglied der schwarz-blau-orangen Regierung im Fokus staatsanwaltlicher Untersuchungen.

Es geht um den Verdacht der Annahme von Schmiergeld und um Geldwäsche, unter anderem im Zusammenhang mit der „Eurofighter Jagdflugzeuge GmbH“. Für Scheibner gilt natürlich, ebenso wie für seine anderen Ex-Kollegen, die Unschuldsvermutung.

Neben Scheibner ermittelt die Justiz gegen Ex-Finanzminister Karl-Heinz Grasser, der im Zusammenhang mit dem Verkauf der Bundeswohnungen (Buwog) wegen Amtsmissbrauch und Untreue unter Verdacht steht. Ebenso laufen Ermittlungen gegen Ex-Innenminister Ernst Strasser, der wegen seiner Lobbying-Aktivitäten von der Korruptionsstaatsanwaltschaft unter die Lupe genommen wird. Auch die Vergabe des millionenschweren Auftrags für den Behördenfunk scheint zwielichtig zu sein. Gegen Ex-Vizekanzler und Verkehrsminister Hubert Gorbach, der inzwischen aus dem BZÖ ausgeschlossen wurde, ermittelt die Staatsanwaltschaft ebenfalls: Er soll von der Telekom 264.000 Euro für eine Sekretärin erhalten haben, als Gegenleistung für eine der Telekom genehme Änderung der Universaldienstverordnung. Und auch der ehemalige Infrastrukturminister Mathias Reichhold scheint in die Telekom-Affäre

Die Telekom-Affäre werde Österreich einen Rückfall im nächsten Korruptionsindex beschern, ist er überzeugt. Der schwarz-blau-orange Korruptionssumpf muss trockengelegt und aufgearbeitet werden. „Lückenlose“ Aufklärung fordert daher SPÖ-Klubobmann Josef Cap, der vor allem die Verantwortung der FPÖ ortet. Cap: „Heute müssen wir den Scherbenhaufen aufarbeiten und verhindern, dass solche Verführer mit solchen Lügen je wieder so einen Erfolg haben wie im Jahr 2000.“ Eindringlich warnt der SPÖ-Klubobmann davor, in den „Verdrängungs- und Vergesslichkeitsapparat“ einzusteigen, ist doch Strache bereits seit dem Jahr 2004 Mitglied des FPÖ-Bundesparteivorstandes gewesen.

„Für uns ist es wichtig, das Vertrauen der Menschen zurückzugewinnen und zu stärken. Deswegen müssen alle Skandale rasch und lückenlos aufgeklärt und die Verantwortlichen zur Rechenschaft gezogen werden“, sagt SPÖ-Bundesgeschäftsführerin Laura Rudas. Die SPÖ spricht sich daher klar für einen Untersuchungsausschuss zur Causa aus. „Ich bin geradezu überzeugt, dass er kommen wird müssen“, betont Kräuter.

verwickelt zu sein. Konkret erhielt er ein Beratungs-Honorar von 72.000 Euro, das Fragen aufwirft. Vermutet wird, dass es von der Telekom stammt.

U-Ausschuss kommt

SPÖ-Bundesgeschäftsführer Günther Kräuter konstatiert „mafia-ähnliche Strukturen in Staatsbetrieben“ unter Schwarz-Blau-Orange.

SCHWARZ-BLAU-ORANGE

Fakten zu den Korruptionssällen

Der Korruptionssumpf ist größer und tiefer als bisher vermutet und man stößt immer wieder auf dieselben handelnden Personen und Parteien. Es folgt ein kurzer Überblick über die Skandale der letzten Jahre. Und: Für alle genannten Personen gilt die Unschuldsvermutung.

Die Unkultur des Handaufhaltens dürfte unter Schwarz-Blau-Orange en vogue gewesen sein.

BUWOG

Die BUWOG-Affäre umfasst mögliche Untreue, illegale Absprachen und Provisionszahlungen im Zusammenhang mit der Privatisierung von 60.000 Bundeswohnungen der Bauen und Wohnen GmbH (BUWOG) durch den damaligen österreichischen Finanzminister Karl-Heinz Grassner. Für den Verkauf der Wohnbaugesellschaft erhielten Peter Hochegger (PR-Berater) und Walter Meischberger (ehemaliger FPÖ-Politiker) vom Käufer Immofinanz ein Honorar von 9,6 Millionen Euro, ein Prozent der Kaufsumme. Die Frage ist nur: Wofür? Kannten sie das Angebot des Konkurrenten? Und wenn ja, hatten sie den Tipp von Meischberger-Freund Finanzminister Karl-Heinz Grassner? Der ehemalige Finanzminister steht damit im Mittelpunkt der Affäre, dementiert aber jede Beteiligung.

„Wo war meine Leistung?“

Anfang Februar 2010 telefonierte Meischberger zwei Stunden lang mit seinem Freund Ernst Karl Plech (Immobilientreuhänder). Der Grund: Meischberger musste zur Polizeieinvernahme in Sachen BUWOG und erklären, warum er zehn Millionen Euro Provision erhalten hatte. Bei den Hausdurchsuchungen hatte die Polizei aber noch mehrere Honorarnoten von Meischberger an die Baufirma Porr sichergestellt. In der Gesamthöhe von rund 1,5 Millionen Euro. Aber wofür? Aus den Telefonüberwachungsprotokollen geht hervor, dass nicht einmal Meischberger

selbst wusste, wofür er eigentlich das Geld erhalten hat.

Connect

Die Freiheitlichen in Kärnten (FPK) sollen über ihre Werbeagentur Connect bei Landesaufträgen mitgeschnitten haben. In einem Fall – es geht um einen Rechtsanwalt – ist sogar vertraglich festgehalten, dass für die Vermittlung von Aufträgen Honorare fällig werden. Bei anderen Firmen liegen Rechnungen vor, die mehr als fragwürdig sind: Unternehmen, die von Landesaufträgen profitierten, zahlten hohe Beträge für „Layoutberatung“ und Ähnliches. Zum Teil gingen die Zahlungen nicht einmal an Connect, sondern direkt an die Kärntner Freiheitlichen.

FPK-Wahlbroschüre

Neben vielen anderen Skandalen bei den Kärntner Freiheitlichen, in denen die Staatsanwaltschaft ermittelt, wird derzeit auch eine Broschüre für den Landtags-

wahlkampf 2009 untersucht. Diese wurde aus Landesmitteln finanziert, sah aber der Wahlwerbung des damaligen BZÖ – die Abspaltung der Kärntner Landesgruppe zur FPK passierte erst ein Jahr später – täuschend ähnlich. Die Untersuchungen laufen nicht nur gegen die Parteispitze der FPK, sondern auch in Richtung des Abgeordneten Stefan Petzner, der beim BZÖ geblieben ist – und damit inzwischen dem gegnerischen Lager angehört.

Novomatic

Der Glücksspielkonzern verteilte großzügige Honorare für Beratungsleistungen. Der Empfänger war auch hier Walter Meischberger. Der Verdacht lautet, dass über diesen Weg die Novelle zum Glücksspielgesetz im Jahr 2005 beeinflusst wurde. Der verantwortliche Minister damals hieß Karl-Heinz Grassner.

Staatsbürgerschaften

Der Kärntner FPK-Chef Uwe Scheuch ist bereits in erster Instanz nicht rechtskräftig zu einer unbedingten Haftstrafe verurteilt worden, weil er im Gegenzug zu einer Investition und Parteispende eine Staatsbürgerschaft in Aussicht gestellt haben soll.

Telekom

Hier steht wiederum Peter Hochegger im Mittelpunkt. Er soll unter anderem den früheren Ministern Hubert Gorbach und Matthias Reichhold nach deren Ausscheiden aus der Regierung Honorare – im Falle von Gorbach für eine Telekom – freundliche Universaldienstverordnung gezahlt haben, wie die Aussage eines früheren Telekom-Managers bestätigt. ♦

WASSERKRAFT-KATALOG

„Anleitung für Konflikte“

SPÖ-Bundesgeschäftsführer Günther Kräuter appelliert an Umweltminister Berlakovich, den in einigen Wochen als Erlass geplanten Wasserkraft-Kriterienkatalog für die Errichtung neuer Kraftwerke grundlegend abzuändern.



Günther Kräuter: „Wenn Umweltminister Berlakovich erklärt, es könne keinen Freifahrtschein geben Gebirgsbäche zu verbetonieren, dann soll er seine eigenen Aussagen ernst nehmen.“

gleich überhaupt ersparen, so Kräuter, der als Präsident des Verbands der Österreichischen Arbeiter-Fischerei-Vereine (VÖAFV) dem größten heimischen Fischereiverband vorsteht.

Drei Kriterien für sinnvollen Wasserkraft-Katalog

Für Kräuter sind drei grundlegende Kriterien für einen sinnvollen Wasserkraft-Katalog entscheidend: „Erstens muss als oberste Leitlinie eine völlig gleichrangige Bewertung von Projekten in ökologischer und ökonomischer Hinsicht verpflichtend sein. Zweitens müssen bei jedem geplanten Verbauungsprojekt regional alternative Energiegewinnungs- bzw. Einsparungspotentiale untersucht werden und drittens muss es selbstverständlich No-go-Areas zum absoluten Schutz der letzten sieben Prozent frei fließender Gewässerstrecken geben.“ ♦

Nach derzeitigem Stand wird der Katalog nichts anderes als eine Anleitung für massive Konflikte zwischen Projektwerbern und Umweltschützern. Die geplante unverbindliche Aufzählung von Kriterien aller Art ist völlig

sinnlos, mit einem Sammelsurium ohne Zielsetzung und Gewichtung nützt man weder Projektwerbern noch dem Umweltschutz“, betont Kräuter.

Ohne verbindliche grundsätzliche Vorgaben könne man sich die ganze Tortur

INFRASTRUKTUR

Mehr Personen und Güter auf Schiene

Bis 2025 wird es 42 Prozent mehr Güter- und 17 Prozent mehr Personenverkehr geben. Infrastrukturministerin Doris Bures will den Verkehrszuwachs auf die Schiene bekommen.



Der Ausbau des Schienennetzes konzentriert sich besonders auf die großen Verkehrsachsen, wie Westbahn, Südostbahn oder Brennerachse.

jährlich steigen und der Anteil des Güterverkehrs auf der Schiene soll von 30 auf 40 Prozent wachsen. 400 zusätzliche Streckenkilometer sollen entstehen und 9.000 Züge täglich das Schienennetz befahren. Dafür nimmt die Bundesregierung rund zwei Mrd. Euro jährlich in die Hand – doppelt so viel wie für Investitionen in die Straße. ♦

EUROPA

Starkes Zeichen für Europas Sozialdemokratie

Die Ergebnisse der Parlamentswahlen in Dänemark und der Berliner Landtagswahlen sind ein klares Signal gegen antieuropäische Politik.

Hannes Swoboda, Vizepräsident der S&D-Fraktion, begrüßt, dass sich linke und liberale Kräfte gegen antieuropäische Maßnahmen der Rechtspopulisten wie die neuen Grenzkontrollen durchgesetzt haben. „Dies sollte eine Warnung an jene Kräfte in Europa sein, die versucht sind, durch eine Rücknahme europäischer Fortschritte Stimmen zu gewinnen“, so der EU-Abgeordnete. Auch die Landtagswahlen in Berlin sind ein starkes Zeichen für die Sozialdemokratie: Die regierende SPD unter Klaus Wowereit konnte sich auf den ersten Platz behaupten. Der Delegationsleiter der SPÖ-Europaabgeordneten, Jörg Leichtfried, spricht von einer „klaren Absage der Bevölkerung an den Europa-ablehnenden Kurs der FDP“. ♦



Die Spitzenkandidatin der Sozialdemokraten Helle Thorning-Schmidt wird Dänemarks erste Ministerpräsidentin.

Bildband

Zeit in Bildern

Eugen Freund, bekannt aus „Zeit im Bild“ und „Weltjournal“ steht nicht nur vor, sondern auch hinter der Kamera. In seinem Buch präsentiert er die letzten 40 Jahre Weltgeschehen.

Schon als junger Mann begann Eugen Freund zu fotografieren, so entstanden heute historische Aufnahmen zum Beispiel vom Kärntner Ortstafelkonflikt 1972 oder hautnahe Bilder vom Erdbeben in Friaul 1976. Er dokumentierte Bruno Kreiskys legendäre Presseauftritte im Kanzleramt, die Waldheim Affäre und war beim Fall der Berliner Mauer vor Ort. Doch Eugen Freund hat nicht nur politische Ereignisse fotografiert, sondern auch Land und Leute. Wäh-

rend seines Aufenthaltes in New York lichte er faszinierende Besonderheiten der Stadt ab, die sonst nur Einheimische wahrnehmen können. In den begleitenden Texten erzählt er auf sehr pointierte Weise von seinen Begegnungen mit Kanzlern und Königen, Bettlern und Prominenten, von seinen Reisen rund um den Globus und seiner Heimat Kärnten, deren prachtvolle Natur er in beeindruckenden Bildern festgehalten hat. ♦

Reportage

Tagebuch der arabischen Revolution

Dieses Buch nimmt die Leser noch einmal mit auf seine Reise zu den Schauplätzen der Revolution. Es beschreibt hautnah den Beginn einer neuen Ära im arabischen Raum.

Fast nonstop hat Karim El-Gawhary als ORF-Korrespondent von der arabischen Revolution berichtet – als einziger deutschsprachiger Journalist war er sowohl in Tunis, als auch in Kairo und Bengasi live dabei. Das Buch ist ein Sammelsurium an Zeitungsreportagen, seinen Blogbeiträgen, Facebook- und Twittermeldungen, mit denen er in den Revolutionstagen sekunden-schnell informieren konnte. Die Momentaufnahmen sind ein unschätzbares Zeitdo-

kument von atemberaubender Spannung. Die Kurzberichte lassen den Leser noch einmal in die Stimmung auf dem Tahrir-Platz eintauchen. Und ohne Pause geht es weiter zu den libyschen Rebellen, die in Bengasi die Zeit nach Gaddafi vorbereiten. Das Buch endet mit einem Blick in die Zukunft: Wie geht es mit den arabischen Revolutionen weiter? Und was bedeutet das für Europa? Eines ist gewiss: Das, was hier begonnen wurde, ist unumkehrbar. ♦

Roman

Unsre verletzten Gefühle

Das besondere an diesem Buch ist, dass die Geschehnisse aus zwei Perspektiven, von zwei verschiedenen Autoren, erzählt werden. Die Geschichte der Frau wird von Marion Maier und die Geschichte des Mannes von Heimo Potzinger erzählt.

Eine Affäre. Die einer verheirateten Frau zu einem von seiner Freundin enttäuschten Mann. Dürfen Verletzte weiter verletzen? Liebe und Leidenschaft scheinen alle Grenzen zu überwinden, doch die Wirklichkeit fordert ihren Tribut.

Die Handlung wird jeweils aus der Sicht des Ich-Erzählers geschildert und die Geschichten der beiden Ich-Erzähler ergänzen sich immer wieder. Manche Situationen

werden aus der Sicht beider Protagonisten, aber aus deren jeweiligen Sichtweise erzählt, manchmal werden Situationen einfach fortlaufend aus der Sicht des einen, dann aus der Sicht des anderen präsentiert und manche Situationen, die eine Hauptfigur erlebt, haben mit dem Erlebten der zweiten Hauptfigur gar nichts zu tun. Der Roman „Unsre verletzten Gefühle“ ist das Erstlingswerk der beiden Autoren. ♦

☐ Stk.


Eugen Freund:
Zeit in Bildern.
Vier Jahrzehnte fotografisch Dokumentiert.
Verlag Kremayr & Scheriau KG,
Wien 2011;
208 S., 29,90 €

☐ Stk.


Karim El-Gawhary:
Tagebuch der arabischen Revolution.
Verlag Kremayr & Scheriau KG,
Wien 2011;
237 S., 22,00 €

☐ Stk.


H. Potzinger, M. Maier:
Unsre verletzten Gefühle.
Albatros Verlag, Wien 2011;
190 S., 17,50 €

Unterschrift:

Adresse:

Name:

In der **Buchhandlung Löwelstraße**
1014 Wien, Löwelstraße 18
Tel: 01/534 27/323 od. 343, Fax: 01/534
27/324, E-Mail: Buchhandlung@spoe.at

Bitte Bestellschein ausfüllen, gewünschte Bücher ankreuzen, abtrennen, einsenden, faxen oder einfach per E-Mail bestellen!



aktuell

FRAUEN

15 Jahre Gewaltschutzgesetz

Mit dem Gewaltschutzgesetz wurde Österreich zum Vorreiter im Opferschutz. Weltweit wurde es Gewaltopfern zum ersten Mal ermöglicht, in ihren eigenen vier Wänden zu bleiben. Die Wegweisung von Tätern wurde schnell zum Vorbild.

Ort



Frauenministerin Gabriele Heinisch-Hosek und SPÖ-Frauensprecherin Gisela Wurm bei der Veranstaltung „15 Jahre Gewaltschutzgesetz und Gewaltschutzarbeit in Österreich“.

Andere Staaten wurden schnell auf die österreichischen Maßnahmen aufmerksam. Auf internationalen Konferenzen wurden österreichische Vertreter regelmäßig auf ihre Erfahrungen mit den neuen Regelungen angesprochen. Trotz der vorbildlichen Maßnahme war den SPÖ-Frauenpolitikerinnen immer klar: Ein gutes Gesetz braucht auch eine gute Umsetzung. Opfer brauchen schnelle und umfassende Hilfe. Hier wurde die Zusammenarbeit mit Gewaltschutzzentren forciert. Seit 1999 sind soziale Maßnahmen begleitend zum Gewaltschutzgesetz gesetzlich verankert. Nun liegt der Fokus auf Präventionsmaßnahmen und flächendeckender Betreuung. „Es ist egal, wo eine Frau lebt, sie muss zu einer Stelle kommen können, wenn sie Hilfe braucht“, betont Frauenministerin Gabriele Heinisch-Hosek bei der Veranstaltung „15 Jahre Gewaltschutzgesetz und Gewaltschutzarbeit in Österreich“, zu der Nationalratspräsidentin Barbara Prammer, in deren Zeit als Frauenministerin das Gewaltschutzgesetz in Kraft trat, einlud.

Schwerpunkt Prävention

Zur Gewaltprävention bedarf es Bewusstsein über die Problematik. Menschen

müssen dazu bewogen werden, hinzuschauen und Aktionen zu setzen, wenn sie Gewalt sehen. „Zivilcourage und entschiedener Einsatz gegen Gewalt bedeutet hinschauen und nicht wegschauen“, betont SPÖ-Familiensprecherin Gabriele Binder-Maier. In den letzten Jahren sind bereits viele Aktionen gesetzt worden. Mehrere Ausstellungen, die sich mit dem Thema auseinandersetzten, wurden organisiert und auch im akademischen Bereich gab es interdisziplinäre Vorlesungen – so etwa an der Medizinischen Universität Wien, um Ärztinnen und Ärzte darauf vorzubereiten, Gewaltopfer früh zu erkennen. Zuletzt gab Frauenministerin Heinisch-Hosek eine Studie in Auftrag, um bessere Datenlage über Risikofaktoren für Gewaltopfer zu bekommen.

Bessere Daten und mehr Antigewalttrainings

Auch SPÖ-Frauensprecherin Gisela Wurm betont, wie wichtig eine gute Datenlage ist, um Gewalt entgegenzutreten. So könnte etwa nach spanischem Vorbild über Beobachtungsstellen nachgedacht werden, die Anzeigen- und Verurteilungsverhalten bei Gewaltdelikten untersuchen.

„Zivilcourage und entschiedener Einsatz gegen Gewalt bedeutet hinschauen und nicht wegschauen.“

**SPÖ-Familiensprecherin
Gabriele Binder-Maier**

Zudem spricht sich Wurm für eine schnelle Ratifizierung der Europaratkonvention gegen Gewalt an Frauen und häuslicher Gewalt aus. „Schließlich war Österreich einer der ersten Staaten, die diesen Völkerrechtsvertrag unterzeichnet haben“, erklärt Wurm. Als weitere Präventionsmaßnahme fordert Wurm, dass Antigewalttrainings für gewalttätig gewordene Männer ausgeweitet werden und bestehende Maßnahmen vom Innenministerium abgesichert werden. „Die Finanzierung muss gesichert sein“, betont die SPÖ-Frauensprecherin.

15 Jahre gemeinsamer Einsatz gegen Gewalt an Frauen

In den letzten 15 Jahren haben viele Frauen und deren Kinder Unterstützung in Gewaltschutzzentren und Frauenhäusern gefunden. „Die Gewaltschutzzentren leisten wichtige Arbeit“, betont Prammer, ohne sie wäre eine Umsetzung des Gewaltschutzgesetzes nicht möglich. Ende der 70er Jahre wurde das erste Frauenhaus in Österreich gegründet, erst 1993 wurde von der UNO Gewalt gegen Frauen als Menschenrechtsverletzung anerkannt. Im selben Jahr wurde ein Konzept für Interventionsstellen ausgearbeitet, 1995 folgte ein erster Gesetzesentwurf, der im 1. Gewaltschutzgesetz 1996 mündete.

Das Gesetz schützt alle Personen, die von Gewalt betroffen sind. Überwiegend handelt es sich dabei um Frauen und Kinder. Betroffene können eine polizeiliche Wegweisung des Täters für zehn Tage erwirken, auch eine zivilrechtliche Verfügung für drei Monate oder bis zum Ende des Scheidungs- oder Aufteilungsverfahrens ist möglich. ♦



HERBSTKLAUSUR

Verteilungsgerechtigkeit im Mittelpunkt

Die Herbstklausur des SPÖ-Parlamentsklubs stand ganz im Zeichen des Kampfes für ein Steuersystem, in dem die Reichen endlich einen fairen Beitrag leisten.

Mit einem dichten Programm ist der SPÖ-Parlamentsklub in seine Herbstarbeit gestartet. Bei der Klausur in Wien skizzierte SPÖ-Klubobmann Josef Cap die geplanten Vorhaben und Frauenministerin Gabriele Heinisch-Hosek, Infrastrukturministerin Doris Bures, Bildungsministerin Claudia Schmied und Gesundheitsminister Alois Stöger gaben einen Überblick über ihre Herbstarbeit. SPÖ-Vorsitzender, Bundeskanzler Werner Faymann und Finanzstaatssekretär Andreas Schieder unterstrichen in ihren Referaten die Notwendigkeit einer höheren Besteuerung von Vermögen über einer Million Euro.



Nach der Eröffnung der Herbstklausur durch SPÖ-Klubobmann Josef Cap, verdeutlichte Bundeskanzler Werner Faymann in seinem Referat erneut die Notwendigkeit eines fairen Steuersystems.

Reichensteuer trifft nur ein Prozent der Österreicher

Österreich liegt bei vermögensbezogenen Steuern weit unter dem OECD-Schnitt. Es ist also hoch an der Zeit, dass auch Österreichs Euro-Millionäre ihren gerechten Beitrag leisten. Faymann und Schieder verwiesen darauf, dass von einer derarti-

gen Steuer nur ein Prozent der Österreicher betroffen wäre. Es geht dabei nur um jenen Teil des Vermögens, der eine Million Euro übersteigt. Betriebe sind davon nicht betroffen. Dass es sich dabei um mehr als einen symbolischen Beitrag der Reichsten dieses Landes handelt, belegt der Umstand, dass dieses reichste Prozent 34 Prozent des Gesamtvermö-

gens an Geld- und Immobilienwerten besitzt. In der anschließenden Diskussion wurde von Abgeordneten darauf verwiesen, dass der OECD-Durchschnitt bei Einnahmen aus vermögensbezogenen Steuern bei 5,4 Prozent liegt und Österreich mit einem Anteil von 1,3 Prozent hier weit hinterherhinkt. Es ist also höchste Zeit zu handeln. ♦

EURO

Deutsch-österreichischer Finanzdialog in Berlin

Auf dem Programm standen ökonomische Perspektiven und Strategien für die Euro-Länder angesichts der Herausforderungen, die sich aus den Turbulenzen rund um die Gemeinschaftswährung ergeben.



Die SPÖ-Mitglieder des Finanzausschusses berieten gemeinsam mit deutschen Genossen über Fragen der Steuergerechtigkeit und über die Zukunft der gemeinsamen Währung.

Der traditionelle deutsch-österreichische Finanzdialog fand in diesem Jahr wieder in Berlin statt und stand ganz im Zeichen der wirtschafts- und

finanzpolitisch angespannten Lage in Europa. Es wurden vor allem Strategien für den Weg aus der Krise diskutiert. Im Rahmen der politischen Gespräche präsentierte SPÖ-Finanzsprecher Jan Krainer, den deutschen Kollegen das 5-Punkte-Programm der SPÖ für mehr Verteilungsgerechtigkeit. Dabei skizzierte er die Strategien der österreichischen Sozialdemokratie für eine verantwortungsvolle Finanzpolitik und ein gerechtes Steuersystem, das den Faktor Arbeit entlastet und den Faktor Vermögen belasten soll. „Sparen kann nur

„Sparen kann nur ein Teil der Antwort der Politik auf die Wirtschaftskrise sein.“

SPÖ-Wirtschaftssprecher Christoph Matznetter

ein Teil der Antwort der Politik auf die Wirtschaftskrise sein“, betonte SPÖ-Wirtschaftssprecher Christoph Matznetter. Mindestens so wichtig ist eine offensive Wachstums- und Beschäftigungspolitik in Europa. „Die europäischen Staaten brauchen Spielraum für die Weiterentwicklung des Sozialstaates und Mittel für die Bekämpfung der Rekordarbeitslosigkeit“, erklärte Abgeordnete Heidrun Silhavy. ♦

WIEN

Sommer der Bildung



Der Bildungsweg „Vom Kindergarten bis zur Uni“ stand im Fokus der Sommerakademie der Wiener Bildung.



Die Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten nutzten den Sommer in Wien, um über die Zukunft der Bildung zu diskutieren und sich über optimales Networking zu informieren.

In der Sommerakademie von Wiener SPÖ-Bildung, SPÖ-Rathausklub und Renner-Institut drehte sich 2011 alles um das Thema Bildung. Rund 200 Gäste besuchten Ende August die zahlreichen Referate und Diskussionen mit SPÖ-Politikern, Journalisten und Experten, die heuer unter dem Motto „Zukunft der Bildung – Bildung der Zukunft“ standen. SPÖ-Bundesbildungsvorsitzender und Präsidiumsmitglied der Wiener Bildung, Stadtrat Michael Ludwig, verdeutlichte das



SPÖ-Bundesgeschäftsführer Günther Kräuter begrüßte heuer über 80 Teilnehmer bei der Sommerakademie für sozialdemokratische Organisationen.

Ziel der sozialdemokratischen Bildungspolitik: „Unser Ziel als SPÖ ist es, dass jedes Kind unabhängig von Einkommen, Herkunft, Sprachkompetenz und Bildung

Wiener Bildung

der Eltern die Chancen auf beste Bildung und Ausbildung hat.“ Im Zentrum weiterer Referate und Diskussionen, u.a. mit Bildungsstadtrat Christian Oxonitsch, Wissenschaftsstadtrat Andreas Mailath-Pokorny und Wiener SPÖ-Klubvorsitzendem Rudi Schicker standen Themen wie der weitere Ausbau der Kinderbetreuungsplätze, notwendige Investitionen in die Lehrlingsausbildung und die Zukunft der Universitäten.

Politisches Netzwerken

Auch die vom Renner-Institut veranstaltete Sommerakademie für sozialdemokratische Organisationen war heuer wieder ein voller Erfolg. Die Akademie, die auf Initiative von SPÖ-Bundesgeschäftsführer Günther Kräuter diesen August bereits zum dritten Mal stattfand, gibt Impulse für die systematische Weiterentwicklung der politischen Netzwerkarbeit. Heuer standen Informationen und Tipps für die politische Kampagnenarbeit sowie das Thema Integration im Mittelpunkt der abwechslungsreichen Experten-Referate und Diskurse. Initiator Kräuter freute sich über eine Rekord-Teilnehmerzahl: „Von Jahr zu Jahr wächst das Interesse an unserer Sommerakademie. Auch im nächsten Jahr werden wir sicherlich wieder ein abwechslungsreiches Programm und spannende Diskussionen und Workshops anbieten.“ ♦

Ortner

SALZBURG

Halbzeit: Salzburg sozialer, moderner und stabiler



2004 ist die Salzburger SPÖ angetreten, um „nicht alles anders, aber vieles besser zu machen“, wie es der Wahlslogan versprach. Seither wurde Salzburg entstaubt und vom Mittelfeld an die Spitze Österreichs geführt.

„Seit mehr als sieben Jahren tragen wir Sozialdemokraten die Hauptverantwortung in Salzburg. Heute ist Salzburg ein modernes, soziales und stabiles Land, in dem die Menschen gerne leben“, betont Lan-

deshauptfrau Gabi Burgstaller. Viel wurde zwischen 2004 und 2009 erreicht: Vollbe-



SPÖ Salzburg

schäftigung, ein ausgeglichenes Budget, Investitionen in Gesundheit, Bildung und leistbares Wohnen. Dementsprechend gewürdigt wurden diese Erfolge bei den Wahlen im März 2009. Den Schwerpunkt für die Zukunft sieht die Landeshauptfrau in der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit: „Vollbeschäftigung ist und bleibt das Ziel unserer Regierung.“ ♦

(v.l.n.r.) LR Blachfellner, LRin Schmidjell, LH Burgstaller und LH-Stv. Brenner bei der Präsentation der Herbstkampagne.

NIEDERÖSTERREICH

„Zusammen. Leben. Gestalten.“



Beim Jugendkongress der Sozialistischen Jugend Niederösterreich erarbeiteten die über 100 Teilnehmerinnen und Teilnehmer Integrationskonzepte für Gemeinden.

Unter dem Motto „Zusammen. Leben. Gestalten.“ entwickelten die Jugendlichen aus dem ganzen Bundesland zwei Tage lang neue Lösungsansätze zum Thema Integration auf der kommunalpolitischen Ebene und im täglichen Zusammenleben. Zum Abschluss wurden diese Ideen mit Gemeindepolitikern diskutiert. Die wesentlichen Ergebnisse: Die Jugendlichen wünschen sich verpflichtende Jugendzentren in Städten und Gemeinden mit mehr als 2.000 Einwohnern, die vermehrt zu einem Ort der Begegnung mit intensiver Sprachförderung werden sollen. Zudem müsse bereits im Kindergarten alles daran gesetzt werden, Sprachschwächen auszu-

gleichen. Hier wurden Konzepte für multikulturelle Kinderfeste ausgearbeitet. Im Medienbereich sollte es eine Förderung für einen Journalismus geben, der sensibel und kompetent mit kultureller Vielfalt und Migration umgeht. Für mehr Chancen am Arbeitsmarkt ist außerdem die Anerkennung im Ausland erworbener Zertifikate und Zeugnisse unumgänglich.

Beginn intensiver Zusammenarbeit

Andreas Beer, Landesvorsitzender der SJ Niederösterreich, freute sich über die rege Teilnahme am Kongress – besonders auch von Jugendlichen mit Migrationshintergrund – und betonte:



Am Podium diskutierten Gemeindvertreter die von den Jugendlichen erarbeiteten Ideen.

„Die SJ Niederösterreich wird sich für die erarbeiteten Forderungen einsetzen und die Projektideen realisieren.“ Der Jugendkongress ist der Beginn für eine intensive Zusammenarbeit mit Migrations- und Kulturvereinen, so Beer. ♦

TIROL

Rote Nasen für den guten Zweck



Sportreferent LH-Stv. Hannes Gschwentner gab in Kundl den Startschuss für den ersten „Rote-Nasen-Lauf“.

Der Lauf verbindet Sport und Gesundheit mit Sozialem. Jeder erlaufene Kilometer bringt einen Euro für die Clowndoctors. „Die Clowndoctors haben die wichtige Aufgabe, den Alltag von kranken Kindern zu verschönern“, erläuterte Gschwentner die Wichtigkeit des Charity-Laufes, der unter der Schirmherrschaft des Sportausschusses Kundl stand. Der soziale Aspekt hatte Vorrang vor dem sportlichen Ehrgeiz. „Was zählt ist, dass jede und jeder mitmacht und nicht, welche Zeit die Läuferinnen und Läufer dafür benötigen“, betonte Gschwentner. ♦



Sportreferent LH-Stv. Hannes Gschwentner und Gemeinderat Patrick Geisler beim ersten Rote-Nasen-Lauf in Kundl.

STEIERMARK

Gesellschaftliche Vielfalt leben



Bei der Gründung der „Integrationspartnerschaft Steiermark“ unterzeichneten zahlreiche Vertreter gesellschaftlicher Organisationen die „Charta des Zusammenlebens in Vielfalt“.

Die steirische Integrationslandesrätin Bettina Vollath begrüßte bei der Gründungsfeier der Integrationspartnerschaft das Engagement der anwesenden Entscheidungsträger, u.a. aus Gewerkschaft, Wirtschaft, Wissenschaft und Kirche, als „klares Zeichen für eine Gemeinschaft in Vielfalt, wie wir sie in der Steiermark haben. Wir müssen diese Vielfalt in allen Bereichen des Zusammenlebens zum Thema machen“. Landeshauptmann Franz Voves setzte sich ebenfalls für ein tolerantes Miteinander ein: „Ich will, dass sich alle Menschen in der Steiermark wohlfühlen. Heute geben wir eine Willenserklärung ab, dass wir, egal in welcher Institution und in welchem Bereich, immer daran denken, wie wir dieses Anliegen unterstützen können.“ ♦



LH Franz Voves wird das Integrationsanliegen besonders im Sportressort unterstützen, denn „beim Sport lernen schon junge Menschen, mit dem Fremden umzugehen“.



ÖNB

Zur Idee einer europäischen Ratingagentur

Die Schuldenkrisen in Griechenland, Portugal und Irland und die drohende Ansteckungswirkung auf andere Länder offenbaren die entscheidende Rolle von nur drei Ratingagenturen, die bestimmen, ob eine Regierung Zugang zu finanziellen Mitteln hat oder nicht.



Fotolia werden können. Das Zurückdrängen der Bedeutung von Ratingagenturen, wie dies etwa in den USA im Rahmen des Dodd-Frank Act vom Juli 2010 zumindest als Prinzip formuliert wurde, wäre dabei ein wesentlicher Schritt gewesen. Die Europäische Union (EU) hat sich hingegen im Frühjahr 2009 damit begnügt, als erste regulatorische Antwort auf die Krise im Rahmen einer Verordnung die Ratingagenturen der Registrierungspflicht zu unterwerfen – ein Rechtsakt, der damals zahlreiche Beobachterinnen und Beobachter fassungslos gemacht hat. Dieses Beispiel ist exemplarisch. Es offenbart das Versagen der Politik, die immer wiederkehrenden Verhaltensmustern folgt: nachdem die Katastrophe – unter Einsatz von Steuermitteln – nur knapp und vorübergehend abgewendet wird, beseitigt man regulatorisch ein wenig nach. Es steht nun zu befürchten, dass dies auch bei den angekündigten Reformvorhaben der EU im Bereich der Ratingagenturen passiert, die im Herbst vorgestellt werden sollen.

„Der Aufbau einer europäischen, unabhängigen Ratingagentur ist sicherlich sinnvoll. Die Frage stellt sich aber, ob dies ausreichend ist.“

dominierten Agenturen eine Präferenz für neolibérale, interessengeleitete Bewertungspraktiken nachgesagt wird. Fitch, eine der drei Agenturen, die den Weltmarkt dominieren, hat beispielsweise einen europäischen Mehrheitseigentümer.

Problematisch ist vielmehr auch der Umstand, dass Ratingagenturen in der Hand privater Eigentümer sind. Interessenskonflikte sind die Folge, die durch keine noch so ausgeklügelte Transparenz- oder Kontrollvorschrift beseitigt werden können. Weiters ist die Abhängigkeit von externen Ratings, wie dies in der Bankenregulierung (Basel II und Vorschlag zu Basel III) vorgeschrieben ist, an sich zu hinterfragen. Hier wäre dem US-amerikanischen Ansatz zu folgen, die Abhängigkeit von externen Ratings generell zu reduzieren, indem die Finanzinstitute eigene Ratings erstellen, oder die externen Ratings durch die einer unabhängigen (europäischen) Ratingagentur ersetzen. Die große Herausforderung besteht letztlich darin, die Unabhängigkeit dieser neu zu schaffenden Institution herzustellen. ♦

Dr. Helene Schubert ist Ökonomin in Wien.

Beispiel Griechenland:
Ob die EU-Rettungspakete greifen, hängt stark von der Bewertung der Ratingagenturen ab.

Die europäische Politik musste vor kurzem feststellen, dass ein ökonomisch durchaus sinnvoller Schritt, nämlich die Beteiligung privater Gläubiger an einem Paket für Griechenland selbst in einer sehr schwachen Form durch Ratingagenturen sanktioniert würde. Zusätzlich haben die drei Ratingagenturen – Fitch, Standard & Poors sowie Moodys – eine wichtige Rolle bei der Unterminierung der Glaubwürdigkeit der vereinbarten Rettungspakete gespielt. Der Entstaatlichung des Rechts, die wir in weiten Teilen der Finanzmarktregulierung sehen – und die in moderne Formen der Selbstjustiz ausartet –, wurde bis heute wenig entgegengesetzt. Die Dramatik, die die Staatsschuldenkrise in einigen Ländern annimmt, hätte mit einer radikalen Reform unmittelbar nach Krisenausbruch, die an den systemischen Krisenursachen ansetzt, verhindert

Der Aufbau einer europäischen, unabhängigen Ratingagentur ist sicherlich sinnvoll. Die Frage stellt sich aber, ob dies ausreichend ist. Die strukturelle Problematik von Agenturen beziehungsweise deren Ratings liegt ja nicht nur in transatlantischen Divergenzen bezüglich der Einschätzung von Kreditwürdigkeit von Schuldnern, wobei den US-amerikanisch

Seit Start der Initiative „Österreich 2020“ (Ö2020) im Frühjahr 2010 wurden mehr als 600 Fachexpertinnen und -experten in 50 Diskursgruppen eingebunden. Bei Diskussionsforen im Vorfeld des Bundesparteitages im Juni 2010 wirkten weitere 700 Delegierten mit.

Die zweite Phase ab Herbst 2010 fokussierte auf öffentliche Diskussionen: in über 75 Zukunftsdiskursen wurden die Ergebnisse aus den Gruppen mit Regierungsmitgliedern breit diskutiert. Bisher nahmen mehr als 6.800 interessierte Personen an 30 verschiedenen Orten an den öffentlichen Veranstaltungen teil. Und über 1.300 Fans verfolgen „Österreich2020“ auf Facebook und Twitter. In der derzeit laufenden dritten Projektphase liegt der Schwerpunkt in der Ausarbeitung und Vertiefung ausgewählter Projekte und Themen. Diese werden 2012 – im Rahmen der vierten Phase – öffentlich präsentiert. ♦

TERMINKALENDER

Dienstag, 27. 9.

„Signings: Zeichen als Verständigung“

Der international erfolgreiche Wiener Regisseur, Choreograf und Autor Bernd Roger Bienert hat 2009 ein Konzept entwickelt, das einen von Burgschauspieler Hans Dieter Knebel fulminant gesprochenen Text in choreografische Bewegungsabfolgen überträgt. Die Theater-Tanz-Performance Signings (englisch für „Gebärden“), die in der künstlerischen Zusammenarbeit mit den gehörlosen Gebärdendarstellerinnen Alice Xiaoshu Hu und Nadia Kichler entstand, verbindet Gesten der Gebärdensprache mit künstlerischer Bewegung zu einer vollkommen lautlosen Tanzsprache.

Anmeldung unter:

veranstaltungen12@parlament.gv.at

Beginn: 17 Uhr

Säulenhalle des Parlaments,

Dr. Karl Renner Ring 3,
1010 Wien

Montag, 3. 10.

„Die demokratische Linke und die Krise des europäischen Projekts“

Die Abschlussveranstaltung der Dialogreihe „Perspektiven für die Sozialdemokratie in Europa“ findet in einer dramatischen Phase der europäischen Geschichte statt. Das Gespräch mit den beiden führenden Europaparlamentariern Hannes Swoboda (SPÖ) und Daniel Cohn-Bendit (Die Grünen) sollte, in Erweiterung der Themenstellung, als Gespräch über die „Perspektiven der demokratischen Linken“ insgesamt geführt werden, in Fortsetzung der vorangegangenen

Abende. Die jüngsten Entwicklungen innerhalb der Europäischen Union geben dem Dialog aber noch eine zusätzliche aktuelle Dimension. Hannes Swoboda und Daniel Cohn-Bendit, Routiniers der europäischen Politik, sind bekannt für ihr Engagement in ihrer Arbeit am europäischen Projekt.

Beginn: 19 Uhr

Europasaal, Gartenhotel Altmannsdorf,

Hoffingergasse 33,
1120 Wien

Montag, 3. 10.

Vernissage: „Jeremias Altmann. Das kupferne Gedächtnis“

Jeremias Altmann verarbeitet seine eigenen Kinderzeichnungen. Seine Neuinterpretationen aus heutiger Sicht überträgt er auf eine Kupferplatte, die er nach jeder Übertragung/Interpretation einer Zeichnung einmal druckt und dabei die originale farbige Kinderzeichnung in den Druck eincollagiert. Es entstand eine beeindruckende Serie, die einerseits wie ein Palimpsest Erinnerungsfetzen übereinander lagert und andererseits das erinnerte Originaldokument präsentiert.

Beginn: 18 Uhr

Renner-Institut,

Khleslplatz 12,
1120 Wien

Dienstag, 4. 10.

„Krieg und Gewalt im langen 20. Jahrhundert. Eine globale Perspektive“

Die Wiener Vorlesungen laden seit 1987 wichtige Persönlichkeiten des intellektuellen Lebens in die Festsäle des Rathauses, um

Analysen und Befunde zu den großen aktuellen Problemen der Welt vorzulegen. Dieses Mal gibt es einen Vortrag von Michael Geyer, der wichtigen Fragen nachzugehen versucht wie: Waren wir nicht alle in der Nachkriegszeit angetrieben von der festen Erwartung, dass Krieg und politische Gewalt gezähmt werden könnten in der Aufarbeitung des Erbes des Ersten und Zweiten Weltkrieges? Waren wir nicht auch mehr oder minder überzeugt, dass die nationalsozialistische Kriegführung Höhe- und Endpunkt einer Sonderentwicklung war, die, wenn erst einmal abgewickelt, in Anknüpfung an eine unterschlagene und unterdrückte demokratische Vergangenheit in zivile Bahnen vorwärtsgelenkt werden könnte?

Beginn: 19 Uhr

Festsaal, Wiener Rathaus,

Lichtenfelsgasse 2, Feststiege 1,
1010 Wien

IMPRESSUM

Medieninhaber und Herausgeber:

SPÖ, 1014 Wien, Löwelstraße 18,

Chefredakteurin: Mag^a Tina Tauß,

Chefin v. Dienst: Mag^a Ute Pichler,

Redaktion: Markus Bacher, Mag. Gerald Demmel,

Mag^a Alexandra Hopf, Mag^a Birgit Jung,

Philipp Lindner, Mag. Peter Prantl,

Mag^a Sophia Schönecker, Michael Sifkovits,

Andreas Strobl, Susanne Vockenhuber,

Bildredaktion: Emil Goldberg,

Layout: Thomas Lehmann,

Coverfotos: Fotolia, NASA

Bildbearbeitung: Max Stohanzl,

Sekretariat: Michaela Pavelka, Tel: 01/534 27/275

Verlag: edition rot Buch & Zeitschriften Handels &

Verlags Gmbh, 1050 Wien, Rechte Wienzeile 97

Hersteller: a-Print, Klagenfurt

E-Mail: spoe.aktuell@spoe.at, Homepage: www.spoe.at

Einzelpreis: 0,73 Euro; Abo: 23 Euro

NET NEWS

Tag des Sports

Am Samstag, dem 24. September 2011 wird am Wiener Heldenplatz ab 10 Uhr der Tag des Sports gefeiert. Die Webseite informiert umfassend über die vielfältigen Veranstaltungen samt Zeit- und Lageplan und Videos. Insgesamt stehen 130 Aktivitäten kostenlos zur Verfügung, wer bei fünf davon mitmacht, kann an einer Verlosungen mit tollen Preisen (Auto, Superbike, Traumreise etc.) teilnehmen. Neugierig kann man sein auf die Prä-

sentationen in der „Next Generation“-Arena. In ihr werden die trendigsten Sportarten vorgestellt: Bouldern, Slackline, Zumba-Dance, Freerunning und vieles mehr. Natürlich zum Ausprobieren unter fachkundiger Anleitung. Für flotte Musik wird die holländische Hitparadenstürmerin Loona und die Kultband „Die 3 Extremen“ sorgen. Vorab informieren und den Tag des Sports besuchen: **www.tagdessports.at** ♦

www.tagdessports.at



aktuell



Empfang in Wien

„Wir sind besonders stolz auf die Leistungen unserer Wintersportler“, bedankte sich Bundeskanzler Werner Faymann (im Bild mit Elisabeth Görgl und Anna Fenninger) bei einem Empfang für Athletinnen und Athleten des Österreichischen Skiverbands im Bundeskanzleramt für die großartigen Leistungen der vergangenen Saison und wünschte den Sportlerinnen und Sportlern „Toi, Toi, Toi“ für den kommenden Winter.

Premiere in Velden

Bundeskanzler Werner Faymann hat vor kurzem im Casineum Velden die Premiere des Udo-Jürgens-Films „Der Mann mit dem Fagott“ besucht. Unser Bild zeigt den Bundeskanzler mit Schlager-Legende Udo Jürgens, der dieser Tage seinen 77. Geburtstag feiert.



Refugium in Gänserndorf

Ehemalige Laboraffen haben jetzt ein Refugium in Gänserndorf bekommen, wo sie bestens betreut werden. Tierschutzminister Alois Stöger hat bei der Eröffnung des Freigeheges betont, dass das Affen-Schutzzentrum ein wichtiges Symbol für den Tierschutz ist.

Museum in Wien

Wien hat ein neues Museum: Das 20er Haus wurde zum 21er Haus. „Die Wiedereröffnung des renovierten 21er Hauses markiert einen Meilenstein für die zeitgenössische Kunst in Österreich“, sagte Kulturministerin Claudia Schmied (im Bild mit Architekt Adolf Krischanitz und Direktorin Agnes Husslein-Arco).

